

## Dienstleister schaffen Wohlstand

# Positionen zur Bundestagswahl 2017

Bei der Bundestagswahl werden im Herbst zentrale Weichen für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland gestellt. Die Wahl findet in einem äußerst schwierigen Umfeld statt, das national wie international durch große Unsicherheiten und Herausforderungen geprägt ist – politisch, wirtschaftlich und auch gesellschaftlich. Der **Bundesverband der Dienstleistungsunternehmen (BDD)** möchte die Bundestagswahl nutzen, um den wichtigen Belange der Dienstleister politisch Gehör zu verschaffen – damit die Weichen für die kommende Legislaturperiode richtig gestellt werden und die Dienstleister weiterhin ihren wichtigen Beitrag zu Wachstum und Wohlstand in Deutschland leisten können.

### Ein florierender Dienstleistungssektor schafft Wohlstand für alle

Dienstleister tragen unmittelbar zum Wohlergehen und zur Sicherheit anderer Menschen bei. Sie übernehmen Aufgaben, die sie dank ihrer Qualifikation schneller, zuverlässiger oder schlicht besser erledigen können als ihre Kunden, Patienten, Mandanten oder Klienten. Dienstleistung kann nur von Menschen erbracht werden, und sie wird fast ausnahmslos für Menschen erbracht. Technik unterstützt oder ermöglicht die Dienstleistung, entscheidend aber sind der persönliche Einsatzwille, eine positive Einstellung zur Dienstleistung, die Freundlichkeit zum Kunden und die fachliche Qualifikation jedes einzelnen Menschen, der als Dienstleister tätig ist. Ausbildung und Qualifizierung sind daher entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Branche.

### Dienstleister in Deutschland – wichtige Stütze der Wirtschaft

Der **BDD** ist der Wirtschaftsverband für Dienstleistungsunternehmen in Deutschland. Er vertritt die Interessen der gesamten Dienstleistungsbranche, dem expansivsten und mittlerweile zweitgrößten Wirtschaftsbereich in Deutschland.

Die Dienstleistungsbranche ist der größte Arbeitgeber Deutschlands. Mehr als jeder zweite Mensch in Deutschland arbeitet im Dienstleistungssektor. In der Medizin und Pflege, als Unternehmensberater oder in der Gebäudereinigung, als Verkaufsberater oder im Wachschatz, in der Informationstechnologiebranche oder im Call Center und in vielen anderen Bereichen unserer Wirtschaft und Gesellschaft verdienen Millionen Menschen ihr Einkommen und stärken durch ihre wichtigen Tätigkeiten unser Gemeinwesen. Der **BDD** hat sich der Vertretung ihrer politischen Interessen verschrieben.

### Bundestagswahl 2017

Der **BDD** die Wahlprogramme der Parteien vor allem daran messen, ob sie ausreichende Freiräume für einen funktionierenden Wettbewerb und für notwendige Zukunftsinvestitionen in der überwiegend mittelständisch geprägten Dienstleistungsbranche schaffen. Das kommt nicht nur den Unternehmen zugute, sondern auch dem gesellschaftlichen Wohlstand. Dafür setzt sich der **BDD** auf breiter politischer Basis ein.

**Zur Bundestagswahl 2017 hat der BDD seine wichtigsten Forderungen kompakt zusammengefasst. Die Forderungen beruhen auf einer Umfrage unter allen BDD-Mitgliedsunternehmen.**

## **1. Abbau der kalten Progression entschieden vorantreiben**

Der Fiskus in Deutschland kann sich nicht beklagen: Seit Jahren steigen die Einnahmen. Die Steuerquote lag im Jahr 2015 mit 22,3 Prozent so hoch wie zuletzt 1985. Während das nominale Bruttoinlandsprodukt seit 2010 um 20 Prozent stieg, legten die Steuereinnahmen um 30 Prozent zu. Der Bund und zehn Bundesländer kamen im vergangenen Jahr ohne neue Schulden aus oder erwirtschafteten sogar Überschüsse.

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, den Steuerzahler an den Überschüssen des Staates teilhaben zu lassen. Neben Grund- und Kinderfreibetrag gehört der gerade bei kleinen Einkommen stark ansteigende Tarifverlauf, also der sogenannte Mittelstandsbauch, auf den Prüfstand. Die Steuerprogression führt in vielen Fällen dazu, dass die zu zahlende Steuer prozentual stärker steigt als das Einkommen. So kann aus einer Lohnerhöhung unter dem Strich ein Minus werden.

Der Abbau dieser sog. kalten Progression und damit die steuerliche Entlastung mittlerer Einkommen wurden von der Politik vielfach in Aussicht gestellt, trotz Rekord-Steuereinnahmen aber auch in der laufenden Legislaturperiode nicht realisiert. Angesichts voller Staatskassen ist eine spürbare Entlastung der Bürger überfällig. Der **BDD** fordert eine Anpassung des Tarifverlaufs, Anhebungen bei den Grundfreibeträgen und eine gesetzlich festgeschriebene, regelmäßige Überprüfung der Wirkung der kalten Progression.

## **2. Weniger Sozialabgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer**

Nicht nur die Steuerlast, sondern auch die steigenden Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung werden zu einer zunehmenden Belastung für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer. Um den weiteren Beschäftigungsaufbau nicht zu gefährden, muss der Faktor Arbeit entlastet werden. Arbeitnehmern muss mehr Geld für die private Altersvorsorge bleiben.

Von der Abgabentlastung sollten hauptsächlich die unteren Einkommensbereiche profitieren. Dies kann neben entsprechenden Anpassungen des Steuertarifs auch durch Freibeträge bei der Sozialversicherung erreicht werden. Um durch die Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen keine mittelfristige Anhebung der Sozialkassenbeiträge zu riskieren, muss sichergestellt werden, dass die Einnahmeausfälle durch Steuermittel kompensiert werden.

Der **BDD** fordert eine dauerhafte Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze. In den Sozialversicherungen sind weitere Ausgaben senkende Strukturreformen unverzichtbar. Die bisherigen Maßnahmen reichen schon vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nicht aus, um die Beitragssatzsumme dauerhaft unter 40 Prozent zu halten. Vor allem auch die Rentenversicherung muss demografiefest gestaltet werden: Weitere Ausnahmen zur „Rente mit 67“ darf es nicht geben.

### **3. Bürokratieabbau endlich ernst nehmen**

Überregulierungen hemmen in Deutschland Innovationen und Investitionen. Ein konsequenter Bürokratieabbau und eine Reduzierung der Regulierungsdichte schaffen Freiräume, erhöhen die Standortattraktivität, beseitigen Wachstumshemmnisse und sind damit ein wichtiger Baustein für mehr Beschäftigung.

Trotz aller Lippenbekenntnisse bleiben auch Start-ups von der überbordenden Bürokratie nicht verschont. So führt die Pflicht für Existenzgründer, monatliche Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben, zu einer Buchführungspflicht durch die Hintertür, obwohl die handelsrechtliche Buchführungspflicht erst ab 600.000 € besteht.

Statt des vielfach versprochenen Bürokratieabbaus schafft der Gesetzgeber durch immer neue Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten, etwa durch das Mindestlohngesetz oder das geplante Entgelttransparenzgesetz, immer mehr Bürokratie für Unternehmen. Der **BDD** fordert: Bürokratieabbau muss endlich ernst genommen werden!

### **4. Keine Rentenpflicht für Selbstständige**

Die Rentenpflicht für Selbstständige wurde bereits von der Großen Koalition diskutiert, eine Entscheidung hierüber wird aller Voraussicht nach aber erst nach der Bundestagswahl fallen. Die Frage wird zum Thema im Wahlkampf und vermutlich wird es nach der Wahl im nächsten Koalitionsvertrag erste Festlegungen dazu geben.

Der **BDD** lehnt die zwangsweise Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung ab. Durch eine Zwangsmitgliedschaft für Selbstständige würden zusätzliche künftige Finanzierungslasten für die gesetzliche Rentenversicherung geschaffen, obwohl deren Finanzierungsbasis angesichts der demografischen Entwicklung absehbar schrumpfen wird.

Um künftige Altersarmut zu vermeiden, sollte stattdessen über eine Vorsorgepflicht für Selbstständige nachgedacht werden. Wie Selbstständige dieser Vorsorgeverpflichtung nachkommen, sollte ihnen grundsätzlich selbst überlassen bleiben.

### **5. Für eine gerechte Lastenteilung zwischen Jung und Alt**

Deutschland steht vor einer enormen demografischen Herausforderung. Daher brauchen wir Anpassungen unserer Alterssicherungssysteme, damit die gesetzliche Rentenversicherung tatsächlich nachhaltig leistungsfähig und finanzierbar bleibt und die zusätzliche Altersvorsorge ihre Aufgabe erfüllen kann, das Sinken des Rentenniveaus in zumutbarer Weise zu kompensieren.

Gleichzeitig gilt es, neue Fehler in der Rentenpolitik (Stichwort „Rente mit 63“ und „Mütterrente“) zu vermeiden. Die wichtigste Voraussetzung für die weitere Funktionsfähigkeit unserer Alterssicherungssysteme ist und bleibt jedoch, dass die Bürger finanziell in der Lage sind, gesetzlich und darüber hinaus zusätzlich für das Alter vorzusorgen. Ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau und eine Abgabenbelastung, die Raum zur Altersvorsorge lässt, sind daher zwingende Voraussetzung, um Altersarmut auch weiterhin wirksam verhindern zu können.

Angesichts der demografischen Entwicklung bedarf es einer gerechteren Lastenverteilung zwischen Jung und Alt. Der **BDD** fordert daher eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch späteres gesetzliches Renteneintrittsalter und Möglichkeit zum flexibleren Rentenübergang.

## **6. Arbeitsrecht flexibilisieren – Einstieg in Arbeit erleichtern**

Deutschland braucht mehr und nicht weniger Chancen auf Einstieg in Arbeit. Dies gilt nicht nur für die Bewältigung der dringend notwendigen Flüchtlingsintegration, sondern auch für die einheimische Bevölkerung. Jeder berufliche Aufstieg setzt einen gelungenen Einstieg voraus. Insbesondere Langzeitarbeitslose und Menschen ohne Qualifikation brauchen solche Arbeitsmöglichkeiten.

Der Einstieg in Arbeit gelingt in der Regel nur über eine einfache, entsprechend geringer entlohnte Tätigkeit. Ein funktionierender Niedriglohnbereich hat eine unverzichtbare Brückenfunktion, um vielen Menschen mit dem Einstieg in Erwerbsarbeit auch Aufstieg zu ermöglichen. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn darf nicht zur unüberwindbaren Hürde für die Schwächsten am Arbeitsmarkt werden. Ebenso dürfen flexible Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und Werkverträge nicht weiter eingeschränkt werden.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und ruft auch den Gesetzgeber auf den Plan. Statt mehr Flexibilität für Unternehmen hat die Politik dabei v.a. mehr Regulierung im Sinn, z.B. einen Anspruch für Arbeitnehmer auf Homeoffice. Der **BDD** fordert ein dringend notwendiges Umdenken der Politik und eine Hinwendung zu mehr Flexibilität zum Wohle der Arbeitnehmer wie auch der Arbeitgeber.

## **7. Für eine Energiewende mit Augenmaß**

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die das Engagement von Wirtschaft und privaten Haushalten gleichermaßen erfordert. Schon jetzt tragen Verbraucher und Dienstleister über die EEG-Umlage maßgeblich dazu bei, dass Deutschland bis zum Jahr 2025 gut 45 Prozent seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen beziehen wird. Doch die nach wie vor unfaire Verteilung der Kosten für die Energiewende bremst das Wachstum. Die energieintensive Industrie wird von den zusätzlichen Kosten befreit – aber Dienstleistungsunternehmen und jeder Haushalt zahlen dafür die Zeche.

Die Energiewende bedarf eines neuen, fairen Finanzierungssystems. Von den kostensenkenden Vorteilen erneuerbarer Energien müssen Wirtschaft und private Verbraucher gleichermaßen profitieren. Erforderlich ist auch der Abbau unnötiger Umlagen und Ausnahmen. Es ist zudem für mehr Transparenz bei der Förderung stromintensiver Industrien zu sorgen.

Der **BDD** fordert: Zur Entlastung von Verbrauchern und Dienstleistern muss die Energie- und Stromsteuer auf ein Minimum reduziert werden. Die Verteilung der Kosten sollte sich stärker am tatsächlichen Energieverbrauch orientieren und auch den derzeit unverhältnismäßig entlasteten Industriesektor angemessen an der Energiewende beteiligen.

## **8. Innenstädte stärken – Digitalisierung vorantreiben**

Dienstleister sind auf eine moderne, technologisch zeitgemäße Infrastruktur angewiesen. Gut erreichbare, attraktive Innenstädte sind für ihren Erfolg ebenso wichtig wie ein leistungsfähiges, flächendeckendes Internet und ausgebauten Verkehrswege.

Das von der Bundesregierung verabschiedete Ziel, bis zum Jahr 2018 eine Versorgung mit 50 Megabit pro Sekunde im Download zu garantieren, greift zu kurz. Deshalb fordert der **BDD** eine Beschleunigung des Glasfaserausbaus. Klein- und Mittelstädte sowie der ländliche Raum müssen beim Breitbandausbau Vorrang haben.